

**Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats
am 22. September 2022**

Ort: Radio Bremen

Beginn: 16:35 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Swen Awiszus (ab 16:40 Uhr)

Klaus Becké

Hendrikje Brüning

Pierre Demirel

Andreas Egbers-Nankemann

Ute Golasowski

Dr. Ernesto Harder (bis 18:30 Uhr)

Walter Henschen (bis 19:15 Uhr)

Michael Horn

Thomas Joppig

Selda Kaiser

Dr. Hermann Kuhn

Bernd Panzer

Anette Paul

Ramona Ruf (ab 16:40 Uhr)

Nathalie Sander

Dirk Schmidtman

Marcel Schröder (bis 18:40 Uhr)

Peter Schulze

Thomas von Zabern

Simon Zeimke

Verwaltungsratsvorsitzender:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Radio Bremen:

Dr. Yvette Gerner

Brigitta Nickelsen

Jan Schrader

Jan Weyrauch

Sven Carlson

Christina Del Din

Martin Niemeyer

Simon Sax

Dr. Enzo Vial

Vom Personalrat entsandt:

Holger Baars

Gerrit Busch

Cengiz Tarhan

Frauenbeauftragte:

Dorothea Hartz

Publikumsbeauftragte:

Eva Linke (ab 18:30 Uhr)

Senatskanzlei:

Alina Kohnert

Gast:

Dr. Thomas Ull (PwC)

Protokoll:

Nina Gabriel

Entschuldigt:

Arne Frankenstein, in Vertretung anwesend Anette Paul
Nikolai Goldschmidt, in Vertretung anwesend Ramona Ruf
Cornelia Hopp, in Vertretung anwesend Simon Zeimke
Gerhild Hustädt, in Vertretung anwesend Thomas Joppig
Kristin Niemann, in Vertretung anwesend Peter Schulze
Ariane Redder, in Vertretung anwesend Marcel Schröder
Elena Reichwald, in Vertretung anwesend Swen Awiszus

Annika Brinkmann und ihr Stellvertreter Helge Niessen
Ridvan Dindar und seine Stellvertreterin Farina Kemp-Bedoui
Katharina Kissling und ihr Stellvertreter Dr. Carsten Schlepper
Christiane Niebuhr-Redder und ihr Stellvertreter Thomas Kurzke
Uwe Parpart und seine Stellvertreterin Susanne Ruser

Ellen-Anna Best
Christian Linker

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 30. Juni 2022
 3. Bericht des Vorsitzenden
 4. Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates
 5. Aktuelles
 - a. Bericht der Intendantin
Vorlage 18/2022
 - b. Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen und sonstige Regelungen bei Radio Bremen zur Sicherstellung rechtskonformen Handelns
Vorlage 19/2022
 6. Berichte aus den Ausschüssen
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien
 - c. Programmausschuss
 7. Nachwahl eines Mitglieds für den Finanz- und Organisationsausschuss
Vorlage 20/2022
 8. Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
 9. Mitberatungsvorlage zu www.daserste.de und www.KiKA.de
Vorlage 21/2022
 10. Jahresabschluss
Vorlage 22/2022
Gast: Dr. Thomas Ull, PwC
 11. Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 23/2022
 12. Nachhaltigkeit in der ARD und bei Radio Bremen
Vorlage 24/2022
Präsentation
 13. Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 25/2022
 14. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
 - a. Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 26/2022
 - b. Programmbeschwerde zur Berichterstattung von Radio Bremen über die Entwicklung der Corona-Neuinfektionen im März und April 2020
Vorlage 27/2022
Antwortentwurf des Rundfunkratsvorsitzenden
 15. Verschiedenes
-

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Rundfunkratssitzung um 16:35 Uhr.

Herr Dr. Sondergeld weist darauf hin, dass die im Lande Bremen lebenden Alevitinnen und Aleviten ein neues ordentliches Mitglied entsandt haben: Frau Derya Sultan Dogan.

Außerdem interessiert sich Frau Eva Przybyla, das neue stellvertretende Mitglied der Partei DIE LINKE, für die Mitarbeit im Programmausschuss.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Dr. Sondergeld schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 13 „Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten“ vorzuziehen und direkt im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 5 aufzurufen. Zudem regt er eine Vertagung der Nachwahl eines Mitglieds für den Finanz- und Organisationsausschuss an. Frau Dogan sei heute leider nicht anwesend und er wolle in Erfahrung bringen, ob sie an der Mitarbeit interessiert sei.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 30. Juni 2022

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld macht auf die Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (oder zumindest der ARD) aufmerksam, welche durch die Vorgänge beim rbb und in den Landesfunkhäusern des NDR (sowie wieder aufkommenden Altproblemen beim MDR) ausgelöst worden sei. Man frage sich, welche Anstalt bzw. welches Vorgehen als Nächstes skandalisiert oder auch vollkommen zu Recht kritisiert werde. Bereits während der Zuspitzung der Krise beim rbb habe es einen unverzüglichen Austausch zwischen der Intendantin, dem Rundfunkrats- und Verwaltungsratsvorsitzenden gegeben. Auch wenn Einigung darüber bestehe, dass man bei Radio Bremen keinen Verdacht hinsichtlich Fehlhandlungen hege, brauche es einen Gesamtüberblick über die Aufsichts- und Kontrollsysteme (die Governance und Compliance). Ergebnis dieser Verabredung sei die Vorlage 19/2022 der Intendantin zum Tagesordnungspunkt 5.b. Die jetzige Fassung enthalte bereits Anregungen aus den intensiven Befassungen im Verwaltungsrat und im Finanz- und Organisationsausschuss. Er bittet das Gremium, die Auflistung genau durchzugehen, gegebenenfalls Lücken zu identifizieren und Ergänzungen bzw. Verbesserungen vorzuschlagen. Gerne könnten Anregungen auch im Anschluss an diese Sitzung an das Gremienbüro weitergeleitet werden. Man werde diese dann im Präsidium besprechen und die weitere Beratung organisieren.

Frau Dr. Gerner habe die Gremien stets aktuell und umfassend über Entscheidungen in der ARD informiert. Das Gremienbüro habe zudem die von

Herrn Prof. Dr. von der Vring und ihm selbst verfassten Antworten auf kritische Fragen des Deutschlandfunk Medienmagazins samt Links zur Sendung zeitnah zur Verfügung gestellt. Die Rundfunkrät:innen seien somit auch zwischen den Sitzungen – soweit möglich – informiert worden.

Der Vorsitzende kommt auf die angesprochene Krise zurück, welche die für Betroffene gefährlichsten Nachrichtenfaktoren, wie Skandal, Konflikt, Schaden, Personalisierung und Thematisierung bediene und damit zum medialen Dauerbrenner avanciere. Die Berichterstattung verdeutliche, wie sehr Journalismus zuweilen auch recht undifferenziert, verallgemeinernd, pauschalisierend, den Teil fürs Ganze nehmend oder auch offensichtlich Interessen geleitet sein könne. Dies zeige einmal mehr, wie wichtig Medienvielfalt sei – und zwar nicht nur hinsichtlich der Meinungen, sondern gerade auch hinsichtlich der Sachverhaltsdarstellungen und der Einordnungen sowie Bewertungen von ansonsten unbestreitbaren Tatsachen. Er macht deutlich, dass ein gesellschaftliches Purgierungsinstrument in Demokratien unverzichtbar sei: Der investigative Journalismus. Es sei im Übrigen nicht die Frage, wo die Journalist:innen auf der Gehaltsliste stünden, sondern ob an den Enthüllungen etwas dran sei. Das anders zu sehen und noch mit Opfergebärde auszusprechen, sei bereits zu Beginn ein Stockfehler von Frau Schlesinger gewesen. Ein Beispiel für unbelehrbaren, vielleicht sogar Kampagnenjournalismus, sei auch in diesen Zeiten wieder die oft traktierte Gleichsetzung der Ausgaben für Festangestellte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit den Ausgaben für deren Verwaltung – gerne unter dem pejorativen Stichwort bzw. der Überschrift „Wasserkopf“. Es sei bekannt, dass in der ARD etwa 80 Prozent der Personalausgaben durch Beschäftigte entstünden, die Programme machen. Aus diesem Grund sei er weiterhin überzeugt, dass in der Darstellung der jahresdurchschnittlichen Stellenbesetzung bei Radio Bremen zwischen Redaktion und Verwaltung bei den Festangestellten unterschieden werden sollte, genauso, wie es in der Stichtagsbetrachtung für den Bericht über die Situation der weiblich Beschäftigten bereits erfolge. Diese Frage habe der Finanz- und Organisationsausschuss bislang nur vertagt; nach einer nächsten Beratung im Finanz- und Organisationsausschuss sollte sich auch der Rundfunkrat damit noch einmal befassen.

Er habe eine Lehre aus der Berichterstattung und Kommentierung der Krise gezogen: Die Letztschuld werde stets bei den Gremien gesehen. Dementsprechend stelle sich die Frage, wo die Erstverantwortung beginne. Die „Checks and Balances“ zwischen den Organen der öffentlich-rechtlichen Anstalten müssten neu austariert werden. Die Compliance-Vorlage zum Tagesordnungspunkt 5.b. verdeutliche, dass Radio Bremen zu den besser aufgestellten Anstalten gehöre – auch dank des vergleichsweise rigiden Radio Bremen-Gesetzes. Es habe ihn verärgert, dass ausgerechnet am Beispiel des Verwaltungsratsvorsitzenden des rbb eine Debatte über die Qualifikation der Gremienmitglieder ausgelöst worden sei. Mehr formale Qualifikation, als dieser aufzuweisen habe, sei kaum möglich. Allerdings habe die ehemalige Rundfunkratsvorsitzende des rbb, im nachvollziehbaren Bemühen, sich durch Verweise auf ihre angeblich laienhafte Ehrenamtlichkeit unschuldig zu machen, alle Ehrenamtlichen ein Stück weit mit hineingerissen. Man möge ihr zugutehalten, dass das Wort „Laie“ in ihrem Herkunftsfeld Kirche nicht für

Kenntnislosigkeit stehe, sondern bloß für Ungeweihte. Gremien seien gewiss, keine Expert:innen für Medienrecht, Journalismus oder auch Führung in komplexen Organisationen. Man bringe jedoch unterschiedliche Expertisen aus beruflichen oder sonstigen ehrenamtlichen Kontexten mit. Für den Verwaltungsrat enthalte das Radio Bremen-Gesetz bereits Qualifikationsvorschriften, einschließlich Wirtschaftsprüfungsprüfungsexamen und Befähigung zum Richteramt. Im Rundfunkrat besetzte der Bürgerschaftsausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zudem vier Positionen (und deren Stellvertretungen) und verweise in der Ausschreibung auf die Vorgabe, über folgende Kenntnisse zu verfügen: Wirtschaftsprüfung, Betriebswirtschaft, Medienwirtschaft, Medienwissenschaft, Journalistik, Bildende Künste oder Musik. Er regt an, auch dies in der Compliance-Vorlage zu ergänzen.

Gemeinsam mit einem Journalisten und Medienrechtler habe ein Mitglied des WDR-Rundfunkrats bereits im Juli das Diskussionspapier „Strukturelles Aufsichtsdefizit“ zur Gremienreform verfasst. Bei der Promotion für ihren Text hätten sich beide Autoren gefragt, ob eine Intendantenvorlage im Rundfunkrat schon einmal abgelehnt worden sei. Als Rundfunkratsmitglied von Radio Bremen könne er sich gut erinnern, dass der WDR-Rundfunkrat mit medialem Echo die Finanzierungsvorlage für die Serie „Siegfrid und Roy“ abgelehnt habe.

Auf den Skandal beim rbb zurückkommend, macht er darauf aufmerksam, dass bei der Wahl der Interimsintendantin neun der 31 Rundfunkratsmitglieder – nahezu ein Drittel – nicht anwesend gewesen seien; bei der Vorstellung der mit der Aufklärung der Compliance-Verstößen beauftragten Anwälte seien lediglich 17 Rundfunkratsmitglieder anwesend gewesen. Dies könne man allenfalls noch mit Frust und Entmutigung erklären. Bei der Lektüre mancher Zeitungen gewinne man den Eindruck, die Mitgliedschaft in einem der Gremien werde als Ehrenamt bezeichnet, weil die Ausübung eines solchen Amtes ehrenrührig sei. Dies dürfe aber Gremienmitglieder nicht abschrecken. Er bittet erneut darum, bei Verhinderung die eigene Stellvertretung zu mobilisieren und das Gremienbüro zu informieren; Anwesenheit sei eine Schlüsselresource für Aufsicht und Kontrolle.

In derselben epd-Ausgabe, in der das genannte Diskussionspapier „Strukturelles Aufsichtsdefizit“ veröffentlicht worden sei, sei auch eine Tagebuchnotiz im Gedenken an den großen Filmemacher Eberhard Fechner abgedruckt gewesen. Demnach sei für eine Auftragsvergabe an ihn Folgendes ausreichend gewesen:

„Das Vertrauen, dass die Redaktionen in Fechner setzen. Ein Vertrauen, für das sie, die Sender ebenso wie das Publikum, bis heute reich belohnt werden. Dieses Vertrauen scheint es heute nicht mehr zu geben, an seine Stelle ist die durch viele Gremien vorgenommene Kontrolle von detaillierten Konzepten getreten, in denen schon alles ausformuliert ist.“

Das Zitat sei eine Warnung, nicht in eine Art Kontroll-Furor zu verfallen. Aufsicht sei nicht Einmischung oder Eingriff – vor allem nicht bei kreativen Prozessen. Obwohl sie keine Unternehmen im eigentlichen Sinne seien (sie verfügen über weitgehend garantierte Umsätze und unterlägen keinem Gewinnerzielungsstress, müssten aber nichtsdestotrotz gut wirtschaften), könne man Rundfunkanstalten zur Kreativwirtschaft zählen. Kontrolle sei insofern ein

sorgfältiges und sorgendes Abwägen. Eine Echtzeit-Kontrolle, die alle Verfehlungen oder Irrtümer ausschließe, sei eine Illusion. Zudem würden Organisationen und Kreative ohne Vertrauensvorschuss schlecht funktionieren.

Für das sorgfältige Abwägen brauche es eine Klarheit in der eigenen Rolle. Herr von Zabern habe vorgeschlagen, dass die Rundfunkrät:innen gremienintern über diese Rolle und die verbundenen Aufgaben diskutieren. Dieser Vorschlag habe im Präsidium viel Anklang gefunden. Aus diesem Grund wolle er im Namen des Präsidiums vorschlagen, für diesen gremieninternen Austausch (inkl. der Mitglieder des Verwaltungsrats) die nächste Fortbildungsveranstaltung zu nutzen.

Der Rundfunkrat ist mit dem Vorschlag einverstanden, den Termin der kommenden Fortbildung für einen gremieninternen Workshop mit externer Moderation zu nutzen.

Der Vorsitzende berichtet im Folgenden von der GVK-Sitzung am 13./14. September in Bremen. Diese sei aus Sicht der Gremienvorsitzenden mit Maß, Mitte und Stil vorbereitet gewesen. Die Beratungsergebnisse der GVK habe er dem Rundfunkrat vorab zur Verfügung gestellt. Die GVK reagiere mit ihren Beschlüssen auf die Krise der ARD und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er macht auf folgende Punkte aufmerksam:

1. Die GVK fordere von den Intendant:innen die Umsetzung einheitlicher Standards für Compliance in allen ARD-Anstalten.
2. Die GVK fordere zudem eine möglichst rasche kooperative Reform der ARD-Governance, also klare Zuständigkeiten und Kooperationen ihrer Instanzen. Dies beziehe dann auch den ARD-Programmbeirat mit ein. Dem schließe sich die Erarbeitung einer anstalts- und organübergreifenden Aufsichtsordnung im Sinne eines Corporate-Governance-Kodex an. Die vergleichbaren Standards für alle Aufsichtsgremien der ARD sollen für Qualität und Tiefe in der Aufsicht sorgen; die Entwicklung dieses Kodex soll vermutlich mit einer externen Prozessbegleitung angegangen werden. Bis zur GVK-Sitzung am 22./23. November in München soll die GVK-Geschäftsstelle ein Konzept für alle ARD-Anstalten für die sich aus dem Medienänderungsstaatsvertrag ergebenden Verfahren zur Erfüllung der zusätzlichen Aufgaben vorlegen.

Präsentation „Bericht des Vorsitzenden“

Fragen an den Vorsitzenden:

Herr von Zabern unterstützt die Ausführungen des Vorsitzenden und verweist auf die aktuelle Ausgabe der epd-Medien. Das darin enthaltene Gespräch „Kultur des Nachdenkens. Ein Gespräch über Wege aus der Krise des rbb.“ zwischen drei Kulturschaffenden habe als Grundlage zwar den Skandal und die Defizite beim rbb im Blick, enthalte jedoch zusätzlich Vorschläge und Ideen, die auch in den gremieninternen Workshop einfließen könnten.

Herr Dr. Sondergeld stimmt Herrn von Zabern zu und regt an, zur Vorbereitung auf den Workshop einige Artikel zusammenzustellen.

Herr Dr. Kuhn verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht der Intendantin. Darin sei auf Seite 8 ein Hinweis auf die Studie der Neuen deutschen Medienmacher:innen enthalten, welche den Mangel an Vielfalt in den Rundfunkräten thematisiere. Diese lesenswerte Studie könne ebenfalls einen Hintergrund für die Gespräche innerhalb des Workshops bilden. In der Studie werde zudem festgestellt, dass die Gremien von Radio Bremen zu den vielfältig besetztesten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zählen würden.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Vorsitzenden zur Kenntnis.

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats

Herr Prof. Dr. von der Vring berichtet von der Sitzung des Verwaltungsrats am 30. August 2022. Er habe über den Austausch der ARD-Gremienvorsitzendenkonferenz mit den Intendant:innen zum Anmeldeverfahren bei der KEF informiert. Die Gremienvorsitzenden würden mit Blick auf die Eigenmittelproblematik im Zusammenhang mit der letzten KEF-Anmeldung Ansprüche an die Intendant:innen formulieren. Dem ausführlichen Bericht der Intendantin habe sich – wie auch in der heutigen Rundfunkratssitzung vorgesehen – ein Überblick über Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen und sonstige Regelungen bei Radio Bremen zur Sicherstellung rechtskonformen Handelns angeschlossen. Nach dem Bericht aus dem Aufsichtsrat der Bremedia Produktion GmbH hätten Herr Dr. Ull und Herr Schrader zum Jahresabschluss 2021 berichtet; der Verwaltungsrat empfehle dem Rundfunkrat, wie vorgesehen zu beschließen. Anschließend habe der Verwaltungsrat noch den Jahresabschluss der Bremedia Produktion GmbH und den Konzernabschluss von Radio Bremen zur Kenntnis genommen. Im Anschluss an das finanzielle Unternehmenscockpit bzw. die Liquiditätsprognose habe man mit Sorge über die Auswirkungen des derzeitigen Kapitalmarkts auf die Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung beraten. Nach der Kenntnisnahme des Berichts der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten sei dem Verwaltungsrat das Risikomanagementsystem von Radio Bremen präsentiert worden. Er regt an, diese Präsentation auch für den Finanz- und Organisationsausschuss vorzusehen. Auf Bitte des Verwaltungsrats habe man über Zielvereinbarungen für Führungskräfte gesprochen; der Fokus der Fragestellung habe sich dabei auf die Führungskompetenzen, die sogenannten „Soft Skills“, konzentriert. Abschließend wurde dem Verwaltungsrat über die Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten berichtet.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden zur Kenntnis.

TOP 5: Aktuelles

a. Bericht der Intendantin

Vorlage 18/2022

Frau Dr. Gerner ergänzt ihren schriftlichen Bericht um folgende Punkte:

- Die Gastro-Fläche im Weser-Haus von Radio Bremen sei seit dem 19. September für alle Mitarbeitenden geöffnet. Es sei ein gemütlicher und funktionaler Bereich zur Pausengestaltung sowie zum Arbeiten entstanden. In der ehemaligen Restaurantküche stehe eine Küche mit Mikrowellenherden zur Verfügung. Der Rundfunkrat könne die Fläche nach der Sitzung im Dezember in Augenschein nehmen, da dort der diesjährige Jahresausklang stattfinde.
- Ebenso berichte sie regelmäßig über die Dialogangebote von Radio Bremen. Der ARD-weite Zukunftsdialog sollte in einem ähnlichen Format für das Regionale genutzt werden. Einige Landesrundfunkanstalten hätten das Vorhaben bereits umgesetzt. Unter Einbeziehung dieser Erfahrungen habe man das Konzept für Radio Bremen modifiziert; man setze auf eine Vielzahl an Dialogformaten. Neben Funkhausführungen, die in einer neuen Form als „Medientour-Plus“ mit speziellen Themenschwerpunkten (z.B. „Wie funktioniert investigativer Journalismus bei Radio Bremen?“) geplant seien, gebe es auch Dialogangebote wie den Radio Bremen Filmsonntag sowie einen regelmäßigen Blick hinter die Kulissen des Studios in Bremerhaven. Dazu gehörten außerdem verschiedene Formate der Radiowellens an unterschiedlichen Orten im Land sowie die Veranstaltung „So arbeiten wir“, in der man über die journalistischen Grundwerte von Radio Bremen spreche. Anlässlich der ARD-Themenwoche „WIR GESUCHT - Was hält uns zusammen?“ gebe es noch eine Diskussionsrunde aus der Reihe „Radio Bremen im Dialog“.
- Die ARD-weite AG-Diversität sei bislang vom rbb geleitet worden. Man habe sich darauf verständigt, sich zunächst zu vergewissern, wie die organisatorischen Strukturen insgesamt aussehen müssten. Es gebe ein ARD-Board Diversität und einen ARD-Circle Diversität, deren Koordination bisher ebenfalls beim rbb gelegen habe. Bis man wisse, wie es mit diesem wichtigen Thema weitergehe, habe Radio Bremen kooperativ zugesagt, dass sich Brigitta Nickelsen verstärkt engagieren werde – in enger Kooperation mit dem rbb und dem Generalsekretariat.
- Die ARD habe zwei neue Arbeitsgruppen gegründet, die bis Ende Dezember tagen würden. Die AG „Digitale föderale ARD“, die sie gemeinsam mit Florian Hager (Intendant HR) leite und die AG „Umschichtung“, die Florian Hager zusammen mit Albrecht Frenzel (Verwaltungsdirektor BR) leite. Die AG „Digitale föderale ARD“ beschäftige sich mit der Verteilung der digitalen Kompetenz in der Gemeinschaft („Wie wird Know-how verteilt?“, „Wo liegen welche Zuständigkeiten?“ und „Wie kann man besser als auch agiler steuern, um Doppelstrukturen zu vermeiden?“). Die AG „Umschichtung“ berate zu möglichen Finanzierungen von neuen Projekten in der Gemeinschaft.

Abschließend berichtet die Intendantin von der ARD-Sitzung am 13./24. September 2022 in Bremen und beginnt ebenfalls mit einem Lob für die Organisation der Sitzung. Man habe unter anderem formal die vorläufige Mandatierung des WDR als Vorsitzanstalt beschlossen sowie den SWR als neue Vorsitzanstalt frühzeitig ab 2023 gewählt. Außerdem sei offen und kritisch diskutiert worden, welche nächsten Schritte vorzunehmen seien, um die Forderungen nach strukturellen Veränderungen anzugehen. Den Austausch mit der GVK habe man als konstruktiv wahrgenommen. Um die Stärkung der Gremienaufsicht entsprechend umzusetzen, müsse jetzt ein koordiniertes Vorgehen angestoßen werden – so wie es der Vorsitzende bereits skizziert habe.

Sie verweist abschließend auf ein starkes Signal des Bremer Bürgermeisters Andreas Bovenschulte. Dieser habe in seiner Rede vor den Gästen der ARD-/GVK-Sitzung die Existenz von Radio Bremen als unverhandelbar für das Land Bremen hervorgehoben. Ein klares Bekenntnis, welches vor dem Hintergrund der aktuellen medienpolitischen Debatte, die in einer komplexen Fragestellung nach scheinbar einfachen Lösungen strebe, Rückenwind gebe.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Intendantin und die mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis.

b. Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen und sonstige Regelungen bei Radio Bremen zur Sicherstellung rechtskonformen Handelns

Vorlage 19/2022

Herr Dr. Sondergeld merkt zu Beginn an, dass der Revisionsbericht im Verwaltungsrat vorgelegt und debattiert werde. Diese Kontrollstufe sei noch zu ergänzen.

Frau Dr. Gerner stellt dar, die Intendant:innen hätten sich bereits auf einer Sitzung am 25. August in Frankfurt darauf geeinigt, erste Schritte zur Standardisierung von Compliance-Strukturen zu vereinbaren. Dies beinhalte die Einrichtung einer externen Anlaufstelle für Hinweise zu Compliance-Verstößen, die bei allen Landesrundfunkanstalten eingerichtet werde. Man wolle verpflichtende Compliance-Schulungen für alle Mitarbeiter:innen einführen; bei Neueinstellungen werde diese an den Beginn des Dienstverhältnisses gekoppelt. Die Compliance-Regularien sollen zudem regelmäßig ins Bewusstsein gehoben und dazu besser im Intranet positioniert werden. Die ARD-Transparenzseiten habe man in einem ersten Schritt bereits angepasst; in einem zweiten Schritt soll die Übersichtlichkeit im nächsten Jahr weiter verbessert werden. Die juristische Kommission habe den Auftrag erhalten, bis zur ARD-Sitzung am 22./23. November weitere Vorschläge für Standardisierungen vorzulegen. In diese Überlegungen würden die Compliance-Beauftragten der einzelnen Landesrundfunkanstalten mit eingebunden.

Mit der umfangreichen Vorlage zu den Compliance-Strukturen bei Radio Bremen werde deutlich, dass man diese vorsorgliche Selbstvergewisserung ernst nehme. Man habe diese in den letzten Wochen intensiv betrieben und sei auf

keine Unregelmäßigkeiten gestoßen. In den offenen und transparenten Austauschen mit den Mitarbeitenden sei beispielsweise diskutiert worden, dass Radio Bremen kein Boni-System habe. Die in der Verwaltungsratssitzung vorgestellten Zielvereinbarungen seien Erwartungen, die man für Führungskräfte definiere und die für eine Beurteilung entscheidend seien. Man habe zahlreiche interne Vorgänge erneut auf mögliche personelle Verflechtungen untersucht und bislang keine Anhaltspunkte für Fehlverhalten gefunden; stattdessen herrsche ein hohes Bewusstsein für klare Prozesse. Was die im Haus bestehenden unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse betreffe, so würden auch diese unter Berücksichtigung der geltenden Regularien in den Bereichen entsprechend rollenklar ausgeübt.

So eine Krise biete immer Anlass, die eigenen Regelwerke nachzuschärfen. Dazu gehöre, dass man für die/den Intendant:in das Vier-Augen-Prinzip eingeführt habe; das habe die Intendantenverfassung bislang nicht vorgesehen gehabt. Zukünftig werde eine Direktorin oder ein Direktor ihre Kostenabrechnung für Bewirtungen, Dienstreisen oder sonstige Ausgaben prüfen. Eine weitere Konsequenz sei die zukünftig transparente Information des gesamten Verwaltungsrats über die Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Direktoriums; bisher seien diese Informationen nur dem Vorsitz vorgelegt worden.

Bevor man im Anschluss über die Vorlage 19/2022 berate, bekräftigt sie: Neben guten Regelungen und Standards für Regelwerke und Compliance, seien eine transparente Betriebskultur sowie ein offenes Miteinander essenziell. Es brauche eine hohe Informiertheit über alle Prozesse – und dafür brauche es ein entsprechendes Klima und eine Transparenz, so wie man es in den letzten Jahren und Monaten, auch im Verhältnis mit den Gremien, gelebt habe. Es gelte, die weiteren Themen, die man im Zusammenhang mit Auftrag und Struktur mit den Gremien zu diskutieren habe, sachlich und rollenklar anzugehen und die neuen „Checks and Balances“ entsprechend zu formulieren.

Herr Dr. Sondergeld kommt auf die Kultur zu sprechen. Man lese aktuell, dass in bestimmten Redaktionen oder gar ganzen Funkhäusern ein „Klima der Angst“ herrsche. Radio Bremen habe er hingegen eher als aufmüpfig erlebt. Er weist darauf hin, dass man die Vorlage 19/2022 nach der heutigen Beratung auf den Gremienseiten der Homepage von Radio Bremen veröffentlichen und in einer Pressemitteilung darauf hinweisen werde. So könnten sich auch Bürger:innen sowie die Kolleg:innen von der Presse über das Compliance-System von Radio Bremen informieren.

Herr Dr. Kuhn stellt fest, man habe im Finanz- und Organisationausschuss bereits Gelegenheit gehabt, im Detail über die Vorlage sowie die Maßnahmen zu sprechen. Im Resümee habe sich die Diskussion mit folgenden Punkten befasst:

1. Radio Bremen sei schon in der Vergangenheit gut aufgestellt gewesen. Insofern sei die Gefahr, dass ähnliche Vorgänge wie beim rbb eintreten würden, gering.
2. Die Intendanz habe auf die Ereignisse in Berlin und auch im NDR schnell und transparent reagiert – dies bestätige den ersten Punkt.
3. Radio Bremen habe in einzelnen Punkten noch Verbesserungen vorgenommen.

Er schlägt vor, diese drei überzeugenden Ergebnisse der Diskussion auch im Rundfunkrat festzuhalten.

Zweitens macht er darauf aufmerksam, dass er nicht mit dem Vorsitzenden übereinstimme, dass man Gefahr laufe, in einen Kontroll-Furor zu geraten. Im Gegenteil hätten die Rundfunkräte nach wie vor eher Aufholbedarf in Sachen Beurteilung, Bewertung und Kontrolle. Die Vorsitzende des Verwaltungsrats des Bayerischen Rundfunk, die gleichzeitig die Präsidentin des Bayerischen Landtags sei, habe sich in der ARD-Sitzung auf Lenin berufen: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Dies seien jedoch keine Gegensätze. Kontrolle sei ein Verfahren, um Vertrauen einzuholen, zu festigen und zu bestärken. Es sei das falsche Signal, Kontrolle zu reduzieren. Man könne beobachten, dass einige Personen die aktuelle Krise nutzen würden, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk generell zu kritisieren. Dann werde oftmals auf die aufgeblähte Verwaltung, die Realitätsferne, die gute Bezahlung oder die Doppelstrukturen abgestellt; es werde ebenfalls auf Inhalte eingegangen. Er rate davon ab, diese Vorwürfe als bekannte Kampagnen abzutun. Auch der Rat von Tom Buhrow, die Gehälter bei der Bildzeitung zu betrachten, sei nicht zielführend und bringe den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht voran. Man müsse diese Aussagen ernst nehmen und sich damit befassen. Zum Thema „Doppelstrukturen“ habe Kai Gniffke (Intendant SWR) vorgeschlagen, ein Rahmenprogramm für die Dritten festzulegen. Über solche Vorschläge müsse man – auch in den Rundfunkräten – gemeinsam beraten.

Er macht darauf aufmerksam, dass er es bedauere, dass die Intendantin in ihrer Vorlage die Vorgänge beim NDR nicht thematisiert habe; man habe auf der ARD-/GVK-Sitzung hier in Bremen dazu debattiert. Die Punkte, die sich mit der Frage befassen würden, ob es in den Redaktionen Strukturen gäbe, welche die innere Pressefreiheit verhindern würden, sei angesichts der Gesamtsituation essenziell, da dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in unterschiedlicher Absicht und Manier politische und gesellschaftliche Einseitigkeit in den Programmen vorgeworfen werde. Diese würden sich darin fortsetzen, dass Mitarbeitende in Redaktionen nicht frei sprechen bzw. entscheiden könnten. Er bittet darum, diese Punkte ernst zu nehmen und zu beraten.

Herr Zeimke merkt zu Beginn an, dass er die Radiowerbung zu der genannten Medientour Plus und den Führungen begrüße.

Die von Herrn Dr. Sondergeld zur Verfügung gestellten GVK-Beratungsergebnisse beurteile er inhaltlich insgesamt positiv. Bei der Implementierung einheitlicher Compliance-Standards bittet er den Vorsitzenden, zu gewährleisten, dass sich diese nicht am rbb orientieren würden; einheitlich könne auch einheitlich schlecht bedeuten und dies sollte nicht der Anspruch bei Radio Bremen sein.

Er regt an, dass sich der Rundfunkrat über die Arbeit des Redaktionsausschusses informieren sollte sowie über die Arbeit der Redaktionen.

Ferner könne er den Ausführungen zur personellen Ausstattung der Gremienbüros zustimmen. Man habe in der Vergangenheit gesehen, dass man für eine professionelle Aufsicht eine professionelle Ausstattung benötige – dazu gehöre auch ein gut ausgestattetes Gremienbüro.

Über die Überlegungen zum Rahmenprogramm für die Dritten sollte im Gremium ebenfalls diskutiert werden.

Herr Prof. Dr. von der Vring kommt auf die Vorwürfe gegen den NDR zu sprechen, welche eine Vermengung von privaten Interessen und Aufgaben im Programm darstellten. Er teile die Auffassung, dass es sich dabei ebenfalls um schwerwiegende – wenn nicht sogar schwerwiegendere – Vorwürfe handle. Es sei bedrohlich, wenn das Programm durch private Interessen beeinflusst werde.

Die Gremienvorsitzenden des NDR hätten in der GVK über die Vorkommnisse berichtet. Diese seien zur Prüfung an eine Anwaltskanzlei übergeben worden. Man erwarte in Kürze einen Bericht.

Frau Dr. Gerner begründet, warum es schwierig sei, zu den Vorfällen im NDR, welche speziell eine einzelne Landesrundfunkanstalt betreffen, Stellung zu nehmen. Im Vergleich dazu seien die Auswirkungen der Vorfälle beim rbb für Radio Bremen deutlicher. Sie versichert, dass man die Vorgänge im NDR ernst nehme. Sie stehe im Austausch mit Jochen Knuth; insgesamt sei das Thema komplex. In den regelmäßigen Austauschen mit den Kolleg:innen hier im Funkhaus habe sie die redaktionell arbeitenden Kolleg:innen nach deren Einschätzung gefragt, ob vergleichbare Vorfälle bei Radio Bremen denkbar seien. Bisher hätten die Mitarbeitenden stets auf die spezielle Situation beim NDR sowie auf die hohe Widerständigkeit von Radio Bremen verwiesen. Sie macht deutlich, dass man mit dem Redaktionsausschuss als auch mit dem Personalrat kritisch, intensiv und kontrovers diskutiere.

Sie wiederholt, dass man in der ARD einen Überblick zu Strukturmaßnahmen und den zugehörigen Möglichkeiten erarbeite. Dies beinhalte nicht das genannte Rahmenprogramm für die Dritten. Kai Gniffke habe diesen Vorschlag nicht aktiv vorgetragen. Vielmehr habe er in dem Interview die Frage bejaht, ob dies eine mögliche Strukturmaßnahme sein könnte. Man berate über ein Bündel von Vorschlägen; wenn einzelne Themen feststehen, werde man diese mit den Gremien diskutieren. Für eine große Anzahl dieser Ideen benötige die ARD Gremienunterstützung.

Herr Demirel fasst zusammen, es gebe beim Verdacht auf Verfehlungen die Möglichkeit, sich intern sowie extern anonym zu melden. Er fragt jedoch, ob man diese Anlaufstellen auf der Webseite von Radio Bremen präsenter und barrierefreier implementieren könne, so dass auch die Möglichkeit für Menschen außerhalb des Funkhauses bestehe, etwas zu melden.

Außerdem kommt er darauf zu sprechen, dass in den Ausführungen stets das Wort „kann“ genutzt werde. Wenn man hinzukommend dem Bericht der Intendantin folge, welche dargestellt habe, dass es weder extern noch intern Beanstandungen gegeben habe, könne vermutet werden, dass Menschen Vorbehalte hätten und Konsequenzen fürchten würden. Er fragt, ob sichergestellt werde, dass Hinweisgeber:innen nicht Gefahr liefen, in einen Loyalitätskonflikt zu geraten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die (noch nicht in Kraft getretene) Whistleblower-Richtlinie der EU. Insgesamt sei er überzeugt, dass Radio Bremen gut aufgestellt sei und es Möglichkeiten gebe, Missstände anonym zu melden – dennoch bestehe fast immer Verbesserungsbedarf. Nur weil keine Vorkommnisse gemeldet würden, laufe nicht alles rund und gesund.

Herr Dr. Sondergeld weist darauf hin, dass auf der Webseite von Radio Bremen unter „Beauftragten“ sowohl der interne als auch der externe Antikorruptionsbeauftragte mit Foto und Namen zu finden seien. Auf beiden Seiten sei zudem die Möglichkeit gegeben, sich über ein Kontaktformular anonym an die Beauftragten zu wenden. Er regt jedoch an, dort den Begriff „Compliance-Beauftragter“ zu ergänzen.

Ferner erklärt der Vorsitzende, dass Herr Prof. Dr. von der Vring das Problem der politischen Themenplanung beim NDR angesprochen habe. Den Vorwurf eines politischen Filters für die Berichterstattung halte er für gravierend und er hoffe auf schnelle Aufklärung.

Gerne nehme er die Anregung auf, den Redaktionsausschuss in eine der nächsten Sitzung einzuladen, so dass dieser sich und seine Arbeit vorstelle. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Personalrat laut Radio Bremen-Gesetz drei Beschäftigte mit beratender Stimme in den Rundfunkrat entsende. Von diesen drei Plätzen habe er einen an den Redaktionsausschuss vergeben.

Herr Weyrauch weist darauf hin, dass ein Spiegel-Artikel ein anderes Licht auf die Vorfälle beim NDR werfe – dies sei die Schwierigkeit an Diskussionen, die durch Vorfälle in anderen Sendern ausgelöst würden.

Er macht deutlich, dass es ein normaler redaktioneller Prozess sei, dass Mitarbeitende oder Reporter:innen bzw. Redakteur:innen, die Beiträge abnehmen, unterschiedlicher Meinung seien. Diese Konfliktfälle würden dann von einer Seite manchmal als Zensur empfunden. Für solche Konfliktfälle gebe es den Redaktionsausschuss. In der Nachfolge der Veröffentlichung der Vorfälle beim NDR habe es auch bei Radio Bremen diesbezügliche Presseanfragen gegeben. In einem Austausch mit dem Redaktionsausschuss habe man entsprechend über Konflikte bei Radio Bremen beraten, diese hätten jedoch bisher nicht die innere Pressefreiheit betroffen. Die Praxis zeige auch, dass man Konflikte nicht scheue; es herrsche ein guter Konfliktumgang, eine gute Kultur. Es sei ebendiese Kultur (ein Fundament mit gegenseitigem Vertrauen), die Radio Bremen durch die aktuelle Krise trage.

Mit Blick auf das angesprochene Mantelprogramm bei den Dritten gibt Herr Weyrauch zu bedenken, dass es für Vertreter:innen von Radio Bremen schwierig sei, dies zu fordern – Radio Bremen Fernsehen sei bereits in einem Mantelprogramm. Lediglich ein Mantelprogramm für Pop- oder Kulturwellen hätte Auswirkungen für Radio Bremen.

Herr Carlson kommt auf die Aussagen von Herrn Demirel zurück. Man habe sich bewusst sowohl für einen internen und als auch für einen externen Antikorruptionsbeauftragten entschieden. Auf der einen Seite habe man einen internen Antikorruptionsbeauftragten für die Beschäftigten geschaffen, um das Angebot niedrigschwellig zu gestalten. Auf der anderen Seite hätten alle Hinweisgeber:innen beim externen Antikorruptionsbeauftragten die Möglichkeit, ihre Meldungen auch anonym abzugeben; vertraglich sei sichergestellt, dass der zuständige Rechtsanwalt in solchen Fällen an seine Verschwiegenheitspflicht gebunden sei und Radio Bremen keinerlei Auskünfte zu den jeweiligen Hinweisgeber:innen erhalte. Auch die Kontaktaufnahme sei einfach gestaltet.

Telefonisch und per E-Mail sei Herr Rechtsanwalt Klindwort direkt erreichbar. Somit erfülle man bereits die Whistleblower-Richtlinie, die besage, dass Menschen, die Missstände aufzeigen würden, arbeitsrechtlich nicht sanktioniert werden könnten. Es gelte aber noch abzuwarten, ob der deutsche Gesetzgeber die Vorgaben der Richtlinie bei der Umsetzung in deutsches Recht verschärfe.

Zum Titel „Compliance“ macht er darauf aufmerksam, dass man die beiden Stellen bei Radio Bremen bei ihrer Schaffung bewusst als Anti-Korruptionsbeauftragte bezeichnet habe, da der Compliance-Begriff viel umfassender sei. Eine Compliance-Stelle habe einen weitergehenden Zuständigkeitsbereich, der sich nicht nur auf den Verdacht auf Korruptionsdelikte beziehe, sondern insgesamt auf jedes nicht ordnungsgemäße Verhalten. Er stehe bereits mit dem externen Anti-Korruptionsbeauftragten im Austausch dazu, wie dessen Rolle zukünftig ausgestaltet werde.

Abschließend ergänzt er die Aussage von Frau Dr. Gerner dahingehend, dass man Vorgänge und Abläufe geprüft habe, bei denen persönliche Verbindungen zu einem nicht ordnungsgemäßen Verhalten geführt haben könnten. Anhaltspunkte dafür hätten sich jedoch nicht ergeben.

Herr Prof. Dr. von der Vring kommt ebenfalls auf die Aussage von Herrn Demirel zu sprechen. Nicht jede Person, die ein Unbehagen oder einen Verdacht habe, überwinde sich, dies zu melden und damit „etwas in Gang zu setzen“ – eventuell sei man nicht genügend informiert oder folge nur einem „Bauchgefühl“. Man könne sich in Bremen jedoch auf eins verlassen: Buschfunk.

Herr Busch bedankt sich bei Herrn Demirel für dessen Beitrag und ergänzt aus Sicht des Personalrats. Der Kern sei Vertrauen. Man könne Vertrauen oder Offenheit jedoch nicht verordnen, sondern müsse dafür werben. Man habe in einer zurückliegenden Personalversammlung auch über dieses Thema beraten und die Frage diskutiert, ob man Angst haben müsse, sich für seine Interessen einzusetzen. Er selbst berate Kolleg:innen, die diese Angst hätten. Er habe jedoch noch nie erlebt – auch nicht in der Zeit vor Yvette Gerner –, dass Menschen abgestraft worden seien, weil sie sich vom Personalrat haben beraten lassen und sich für ihre Interessen eingesetzt hätten. Im Gegenteil, er werbe dafür und versichere den Kolleg:innen, dass er sich für deren Position einsetze. Auch mit Martin Niemeyer oder Jan Weyrauch finde stets eine sachliche Auseinandersetzung statt. Nichtsdestotrotz gebe es Ängste bei den Beschäftigten, auch im redaktionellen Bereich.

Dem gegenüber erlebe er Yvette Gerner als Person, die stark für Offenheit und Vertrauen werbe; in der Personalversammlung habe sie glaubwürdig an alle Kolleg:innen appelliert. Zusätzlich habe Yvette Gerner eine wöchentliche Schalte angeboten, im Rahmen derer die Kolleg:innen ihre Bedenken und Fragen im Zusammenhang mit dem rbb ansprechen konnten.

Herr Baars berichtet aus dem Alltag in der buten un binnen-Redaktion. Er sei seit 25 Jahren bei Radio Bremen und habe so etwas wie Zensur nicht kennengelernt. Man ringe in den Abnahmen miteinander und diskutiere beispiels-

weise, ob ein bestimmter O-Ton unbedingt notwendig sei. Es gehe dabei jedoch stets um den Wert und die Qualität des O-Tons und nicht um politische Tendenzen. Insofern könne er für Radio Bremen sagen, dass es eine innere Zensur nicht gebe. Außen und binnen-Fernsehen sei eine offene Redaktion, die jeden Morgen über aktuelle Themen diskutiere.

Herr Dr. Sondergeld kommt auf die Aussagen von Herrn Dr. Kuhn zurück. Der Vorsitzende stehe dazu, dass es eine verbesserte Aufsicht benötige, die man gemeinsam auch ARD-weit organisieren müsse. Er wolle dem Eindruck entgegenwirken, dass er sich gegen eine Verbesserung von Aufsicht ausspreche. Auch in Rundfunkanstalten brauche es aber Spielräume für Kreativität; sogar Spielräume für Irrtümer.

Herr Prof. Dr. von der Vring weist darauf hin, dass man das Vertrauen der Mitarbeitenden brauche. Leitungspositionen seien an Vertrauen gebunden, wenn dies nicht erfüllt werde, müssten Konsequenzen ergriffen werden.

Der Rundfunkrat nimmt die Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen und sonstigen Regelungen bei Radio Bremen zur Sicherstellung rechtskonformen Handelns zur Kenntnis.

TOP 13: Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 25/2022

Herr Weyrauch verweist auf die zurückliegenden, sehr erfolgreichen Media-Analysen (MA). Die guten Ergebnisse seien auch auf den durch die Corona-Pandemie vermehrten Radiokonsum zurückzuführen.

Dieser positive Corona-Effekt sei in dieser MA nicht mehr sichtbar. Er geht auf folgende zwei Punkte genauer ein:

1. Die MA weise über die sogenannte Durchschnittsstunde für die werbetragenden Radiowellen von Radio Bremen aus, wie viele Menschen man in einer durchschnittlichen Stunde mit den Radioprogrammen erreiche. Bremen Eins sei von 148.000 auf 118.000 gefallen. (Er weist darauf hin, dass auch 118.000 noch ein sehr guter Wert sei – man strebe um die 100.000 an.) Bei Bremen Vier sei die durchschnittliche Stundenreichweite, nach einem mühsamen Anstieg in den letzten Jahren, von 87.000 auf 79.000 zurückgegangen. Bremen NEXT erreiche mit seinem Programm 38.000 Hörer:innen in der Durchschnittsstunde (vorher 35.000). Dieser Erfolg sei wichtig für die Werbeverkäufe.
2. Mit Ausnahme von Bremen Zwei hätten alle Wellen in der sogenannten Tagesreichweite in Bremen verloren. Das Ergebnis könne man sich nicht erklären – wahrscheinlich könne es auf die Arithmetik der MA zurückgeführt werden. Insgesamt hätten die Wellen in der Tagesreichweite für das gesamte Ausstrahlungsgebiet jedoch dazugewonnen. Insofern konnte Radio Bremen den Verlust der Hörer:innen in Bremen mit neuen Hörer:innen in Niedersachsen überkompensieren.

Er hebt zudem die Entwicklung von Bremen Zwei hervor. Man habe die Tagesreichweite von 3 auf 6 Prozent verdoppeln können; Bremen Zwei sei inzwischen deutschlandweit das erfolgreichste Kulturprogramm (bezogen auf die Tagesreichweite im jeweiligen Sendegebiet).

Abschließend kommt er auf buten un binnen zu sprechen. buten un binnen-Fernsehen habe während der Corona-Pandemie erfolgreiche Quoten erreicht. Anders als erwartet, würden sich diese auch mit dem Auslaufen der Pandemie fortsetzen. Man erreiche aktuell weiterhin 40 Prozent und sei mit der Ausgabe um 19:30 Uhr sowie um 18:00 Uhr Marktführer. Leider habe www.butenunbinnen.de die erfolgreichen Klickzahlen aus der Pandemie nicht fortsetzen können. Im Dezember 2021 habe man (im Höhepunkt) 209.000 Visits pro Tag erzielen können, aktuell liege man bei 113.000 Visits.

Fragen zur Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten:

Herr Horn kommt auf die gesunkenen durchschnittlichen Stundenreichweiten bei den werbetragenden Wellen zurück und fragt, ob der Grund für den Rückgang bekannt sei.

Herr Weyrauch stellt fest, dass es keine Auswertung dazu gebe – man könne jedoch Vermutungen anstellen. Er macht darauf aufmerksam, dass die genannten werbetragenden Wellen in der Tagesreichweite dazugewonnen hätten; im Rückschluss könnte man annehmen, dass auch die durchschnittliche Stundenreichweite gestiegen sei. Diese berücksichtige jedoch nicht nur, wie viele Menschen eine Welle in einer Stunde gehört hätten, sondern auch, wie lange; die durchschnittliche Stundenreichweite bilde den Quotienten aus den genannten Werten. Man vermute, dass die Menschen, parallel zum Wegfall der Corona-Beschränkungen, wieder weniger Zeit zum Radiohören hätten.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Akzeptanzentwicklung der Programme von Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen

a. Finanz- und Organisationsausschuss

Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 8. September 2022¹

Herr Dr. Kuhn macht darauf aufmerksam, dass sich der Finanz- und Organisationsausschuss in seiner Sitzung am 8. September 2022 schwerpunktmäßig mit dem Tagesordnungspunkt „Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen und sonstige Regelungen bei Radio Bremen zur Sicherstellung rechtskonformen Handelns“ befasst habe. Zudem habe man den Jahresabschluss und den Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten vorberaten.

¹ <https://www.radiobremen.de/ueber-uns/gremien/finanz-organisationsausschuss-100.html>

b. Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien

Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des Ausschusses für Zukunftsfragen und Telemedien am 6. September 2022²

Frau Golasowski stellt fest, in seiner Sitzung am 6. September 2022 habe sich der Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien mit einem Rückblick auf das Dreistufentestverfahren befasst; die Sitzung sei für alle interessierten Gremienmitglieder geöffnet gewesen. Man habe die nicht verfahrensrelevanten Stellungnahmen Dritter beraten. Zudem habe Prof. Dr. Frank Lobigs einen interessanten Vortrag über regionale Medienmärkte im digitalen Wandel gehalten.

c. Programmausschuss

Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des Programmausschusses am 7. Juli 2022³

Frau Kaiser gibt einen Ausblick auf die kommende Sitzung des Programmausschusses am 11. Oktober 2022. Man bilde aktuell ein Beobachtungsteam für die laufende Programmbeobachtung und suche noch Ausschussmitglieder, die die Hörfunknachrichten auf Bremen Vier und Bremen NEXT beobachten. Im Schwerpunkt werde man sich in der Sitzung mit der Zulieferung zu ARD-aktuell befassen.

Der Rundfunkrat nimmt die Berichte aus den Ausschüssen zur Kenntnis.

TOP 7: Nachwahl eines Mitglieds für den Finanz- und Organisationsausschuss
Vorlage 20/2022

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 8: Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

ARTE-Programmbeirat:

Herr von Zabern berichtet von der Sitzung des ARTE-Programmbeirats am 4./5. Juli 2022 beim Hessischen Rundfunk in Kassel, bei der man die Möglichkeit erhalten habe, die Documenta 15 zu besuchen.

Florian Hager, Intendant Hessischer Rundfunk, habe seine Vorhaben für den Hessischen Rundfunk vorgestellt, insbesondere die Digitalstrategie. Auf Nachfrage habe er sich für die Einrichtung eines Rückkanals direkt auf den ARD-Internetplattformen ausgesprochen – einen Messenger, über den sich die Zuschauer:innen direkt mit den Sendern austauschen könnten.

Der Leiter des Landesstudios Kassel, Andreas Gehrke, habe dem Programmbeirat die Arbeit des Landesstudios mit 150 Mitarbeitenden vorgestellt. In

² <https://www.radiobremen.de/ueber-uns/gremien/ausschuss-zukunftsfragen-telemedien-100.html>

³ <https://www.radiobremen.de/ueber-uns/gremien/programmausschuss-100.html>

Kassel würden die Hörfunkwelle hr4, das Langformat des Dritten Fernsehprogramms „Hessische Lebenswelten“ sowie Beiträge zum Wissensmagazin „[W]ie Wissen“ und das Wissensmagazin „42 – die Antwort auf fast alles“ für ARTE produziert. Zum Zeitpunkt der Sitzung habe der Hessische Rundfunk die Dokumentation „Friedhofkatzen in Paris“ für ARTE produziert.

Dem Programmbeirat seien zudem die Online-Aktivitäten von zwei Mitarbeiterinnen von ARTE G.E.I.E einordnend vorgestellt worden; ARTE spreche nicht mehr von einer Mediathek, sondern von einer Plattform.

Im Bericht der Geschäftsführung sei der ARTE-Programmbeirat informiert worden, dass der Jahresabschluss 2021 von der Gesellschafter- und Mitgliederversammlung gebilligt worden sei. Innerhalb der Europastrategie von ARTE seien nun auch RTVE aus Spanien und LPT aus Litauen als Partner aufgenommen worden. Die nun 14 Partnersender würden am Programm von ARTE mitwirken und Beiträge zuliefern.

Ein wichtiger Diskussionspunkt in der Sitzung sei die zurzeit offene Finanzierung von ARTE nach Abschaffung der Fernsehgebühren in Frankreich gewesen. Konkrete Aussagen von französischer Seite, wie und in welcher Höhe zukünftig ARTE aus Steuermitteln finanziert werde, lagen zur Sitzung noch nicht vor. In einem aktuellen Bericht habe die Geschäftsleitung von ARTE Deutschland mitgeteilt, dass die Finanzierung über Steuermittel wohl bis zum Jahr 2024 gesichert sei. Danach werde eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Fernseh- und Rundfunkgebühren in Frankreich angestrebt.

Zum Programm: Die Mittagsausgabe des ARTE Journals sei aufgrund von geringer Nachfrage eingestellt worden. Das gesamte Programm von ARTE habe zuletzt unter dem Motto „30 Jahre ARTE“ gestanden – mit zahlreichen Spielfilmen, Dokumentationen und Konzertübertragungen. Am 18. Oktober werde es in Straßburg einen großen Festakt zum 30-jährigen Jubiläum von ARTE geben.

Zur Programmebeobachtung hätten folgende Beiträge gestanden:

- „Tracks. Russische Kulturschaffende gegen den Krieg“
ARTE habe am 1. April kurzfristig ein Track-Sonderprogramm aufgenommen. Unter dem Titel des Kulturprogramms seien Beiträge aus Russland, der Ukraine sowie den baltischen Staaten gesendet worden; es sei dem kulturellen Widerstand eine Plattform geboten worden. Die Mitglieder des ARTE-Programmbeirats hätten dies als sehr gelungen gelobt.
- „Europa. Kontinent im Umbruch“
Diese Dokumentationsreihe sei in Zusammenarbeit mit ARTE Grand Accord Documentaire entstanden, einem Sonderfinanzierungsprogramm, das ARTE zur Finanzierung großer Dokumentationen aufgelegt habe. Zur Diskussion habe die Folge „Energie für alle“ gestanden. Die Dokumentation greife die Abhängigkeit von russischer Energie und die damit zusammenhängenden Probleme auf. Der Programmbeirat habe auch diesen Beitrag positiv aufgenommen und ihn als gelungenes Beispiel für konstruktiven Journalismus beschrieben.
- „Projekt Aufklärung“
Von der mehrteiligen Kulturdokumentation, einer Gemeinschaftsproduktion an der neben dem Saarländischen Rundfunk, SWR und ARTE auch Radio Bremen beteiligt gewesen sei, habe man die Folge „Was bedeutet Freiheit im 21. Jahrhundert?“ beobachtet. Diese Dokumentation zeige an einer

Fülle von Beispielen aus zahlreichen Ländern der Welt, wie Freiheit gelebt, was unter Freiheit verstanden und wie der Freiheitsbegriff interpretiert werde sowie, welche Einschränkungen von Freiheit erfolgten – z.B. im Zusammenhang mit Corona. Als Vorkämpferin für Freiheit spiele die französische Freiheitskämpferin, Olympe de Gouges eine zentrale Rolle in der Dokumentation. Der Programmbeirat habe diesen Beitrag einerseits sehr gelobt, da er umfassend darstelle, was Freiheit ausmache und wie sie immer wieder gefährdet sei. Auf der anderen Seite sei kritisiert worden, dass durch diese vielfältigen Beispiele eine Konkretisierung des Freiheitsbegriffs ausbleibe; die Dokumentation bleibe eher an der Oberfläche. Einige Mitglieder hätten bemängelt, dass der Aufklärer Immanuel Kant und dessen Freiheitsbegriff nur am Rande abgehandelt worden sei.

Die nächste Sitzung finde in der kommenden Woche in Saarbrücken statt.

ARD-Programmbeirat:

Herr Dr. Kuhn erzählt, auf der Sitzung des ARD-Programmbeirats am 20./21. Juli 2022 beim KiKA in Erfurt habe man über folgende Programmebeobachtungen beraten:

– Talkshows im Ersten

Die Neuerung, dass Sandra Maischberger nun dienstags und mittwochs Gäste zum Talk in ihrem Studio begrüße, sei insgesamt auf Zustimmung gestoßen. Dies auch mit Blick auf ihre Fähigkeit zur Abwechslung in Form und Tonlage, die man vor allen Dingen bei Anne Will zuletzt immer weniger gefunden habe.

– KiKA

Die Programmebeobachtungen sowie die Diskussionen vor Ort hätten den Programmbeirat erneut von der Qualität des Kinderkanals überzeugt – vor allem in den frischen und informativen Formaten für etwas ältere junge Menschen (9-13 Jahre). Einiges davon könne sich der Programmbeirat auch im Ersten gut vorstellen. Das Programm für die Kleinen sei bisweilen zu dicht und pausenlos. Die dort in großer Zahl gesendeten Animationsfilme seien nicht immer von ausreichender Qualität. Die Pläne, das Programm des Kinderkanals am Abend etwas zu verlängern, um auch die 12-14-Jährigen mit einem guten Programm zu erreichen, habe der Programmbeirat unterstützt.

– „Team Hirschhausen! Einfach besser leben“ und „Leichter leben“

Der Programmbeirat habe hier die je 14 Folgen am Nachmittag unterschiedlich beurteilt. In beiden Formaten werde locker, aber doch in einer lehrreichen Art von Lebensberatung über Fragen zu Gesundheit, Ernährung, Zusammenleben oder Inklusion berichtet – insgesamt gute Themen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Formate werden jedoch vermutlich nicht fortgesetzt, da die Zuschauenden-Akzeptanz fehle. Der Programmbeirat habe vorgeschlagen, für die Formate einen anderen Sendeplatz zu finden.

In der nächsten Rundfunkratssitzung könne er unter anderem über die Programmebeobachtung von Dokumentationen und Reportagen, einschließlich „Rabiat“ von Radio Bremen, sowie über Comedy / Satire berichten.

Fragen zum Bericht aus dem ARD-Programmbeirat:

Herr Awiszus bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass ausgerechnet Gesundheitsthemen nachfragebedingt zurückgestellt werden; bei diesem wichtigen Thema sollte der Sendeauftrag über den Quoten stehen. Es gebe ohnehin das Problem, Gesundheitsthemen konsumentengerecht rüberzubringen. Er erachte die beiden genannten Formate als sehr gelungen – diese würden über einen publikumswirksamen Weg Zugänge zu dem Thema ermöglichen.

Herr Dr. Kuhn erklärt, einige Programmbeiratsmitglieder hätten die Formate als belehrend beschrieben und „Leichter leben“ als albern bis flapsig, zudem sei das „Team Hirschhausen“ zu sehr auf sich konzentriert. Christine Strobl habe hinzukommend auf das klar umrissene Publikum am Nachmittag hingewiesen. Wenn man diese Personen mit den Formaten nicht erreiche, seien diese an der Stelle versendet. Aus diesem Grund habe der ARD-Programmbeirat, auch mit Blick auf die Wichtigkeit der Themen, angeregt, die Formate zu verbessern und für andere Sendeplätze vorzusehen.

Der Rundfunkrat nimmt die Berichte aus dem ARTE-Programmbeirat und dem ARD-Programmbeirat zur Kenntnis.

TOP 9: Mitberatungsvorlage zu www.daserste.de und www.KiKA.de
Vorlage 21/2022

1. **Der Rundfunkrat von Radio Bremen nimmt die „Vorlage des MDR-Rundfunkrats für die Mitberatung in den zuständigen Gremien der ARD und des ZDF. Drei-Stufen-Test-Verfahren – Telemedienänderungskonzept 2021 zum Telemedienkonzept ‚KiKA Telemedien‘ 2016“ zustimmend zur Kenntnis.**
2. **Der Rundfunkrat von Radio Bremen nimmt die vom BR-Rundfunkrat übersendete „Vorlage zur Mitberatung in den Gremien der ARD-Landesrundfunkanstalten. Drei-Stufen-Test für das Telemedienkonzept der ARD-Programmdirektion/DasErste.de“ zustimmend zur Kenntnis.**
3. **Der Rundfunkrat beschließt, die dargelegten Mitberatungsvoten zu den wesentlichen Änderungen von KiKA.de und DasErste.de an die GVK Geschäftsstelle zu übermitteln.**

TOP 10: Jahresabschluss
Vorlage 22/2022
Gast: Dr. Thomas Ull, PwC

Präsentation „Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021“

Präsentation „Jahresabschluss 2021“

Herr Dr. Ull bedankt sich im Namen von PwC bei den Gremien von Radio Bremen sowie dem Team von Jan Schrader für den guten Austausch und den konstruktiv-kritischen Dialog.

Herr Dr. Sondergeld dankt Herrn Dr. Ull ebenfalls für die produktive Arbeit und die stets transparente Darstellung.

Fragen zum Jahresabschluss 2021 von Radio Bremen:

Herr Dr. Kuhn gibt einen formalen Hinweis zur Beschlussvorlage: Es sei nicht üblich, dass ein Organ selbst vorschlage, sich zu entlasten – in der Vorlage empfehle der Verwaltungsrat dem Rundfunkrat den Verwaltungsrat zu entlasten. Insofern weist er darauf hin, dass der Finanz- und Organisationsausschuss den Jahresabschluss ebenfalls geprüft habe und dem Rundfunkrat empfiehlt, wie im Beschlussvorschlag vorgesehen zu beschließen.

Herr Prof. Dr. von der Vring macht auf die qualitativen Prüffragen aufmerksam, die mit Entwicklung der Aufsichtsstrukturen durch die Gesetzgebung entwickelt worden seien. Diese würden am Ende des Prüfberichts behandelt und ausdrücklich bestimmte Kontrollfragen enthalten. Die ausführlichen Antworten gäben einen Eindruck, ob die Kontrolle durch die Gremien funktioniere. Die Fragen seien demnach Teil des Kontrollsystems. Würden die Wirtschaftsprüfer Auffälligkeiten oder Mängel feststellen, sei dies dort enthalten. Auch er bedankt sich bei Herrn Dr. Ull für die Zusammenarbeit.

Der Rundfunkrat trifft einstimmig folgenden Beschluss:

- a) **Der Rundfunkrat genehmigt den von der Intendantin vorgelegten Jahresabschluss 2021 gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 Radio Bremen-Gesetz.**
- b) **Der Rundfunkrat beschließt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 Radio Bremen-Gesetz, den Jahresüberschuss von 162.636,25 € dem Kapitalkonto zuzuführen, dessen Saldo danach 4.521.186,73 € beträgt.**
- c) **Der Rundfunkrat erklärt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 7 und Ziffer 8 Radio Bremen-Gesetz die Entlastung des Verwaltungsrats und des Direktoriums für das Geschäftsjahr 2021.**

TOP 11: Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 23/2022

Der Rundfunkrat nimmt den gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag erstellten Bericht der ARD an die Landtage zur Kenntnis.

TOP 12: Nachhaltigkeit in der ARD und bei Radio Bremen
Vorlage 12/2022
Präsentation

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

TOP 14: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben

a. Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben

Vorlage 26/2022

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben vom 2. Juni bis 1. September 2022 zur Kenntnis.

b. Programmbeschwerde zur Berichterstattung von Radio Bremen über die Entwicklung der Corona-Neuinfektionen im März und April 2020

Vorlage 27/2022

Antwortentwurf des Rundfunkratsvorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld verweist auf die Programmbeschwerde, die 21 Monate nach Ausstrahlung des Beitrags eingegangen sei, auf den sie sich beziehe. Die Programmbeschwerde sei sorgfältig in der Sitzung des Programmausschusses am 7. Juli 2022 vorbereitet worden – man habe unter anderem über sogenannte privilegierte Quellen, auf deren Daten die Berichterstattung über die Entwicklung der Corona-Neuinfektionen fußte, diskutiert. Die Beratungsergebnisse zusammenfassend, habe er einen Antwortentwurf an den Beschwerdeführer verfasst, den das Gremium mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung erhalten habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Becké** stellt **Herr Carlson** fest, dass das Radio Bremen-Gesetz keine Fristen für die Beantwortung einer Programmbeschwerde durch den Rundfunkrat vorsehe. Lediglich die Intendantin müsse Petent:innen innerhalb eines Monats nach Eingang der Programmbeschwerde antworten.

Herr Becké konkretisiert seine Frage dahingehend, ob es eine bestimmte Frist gebe, in der eine Beschwerde eingehen müsse. Er könne sich nicht vorstellen, dass es rechtlich zulässig sei, eine Beschwerde fast zwei Jahre nach Ausstrahlung des Beitrags einzureichen.

Herr Dr. Sondergeld erklärt, aktuell gebe es keine Fristen. Eine Änderung könne nur bei der nächsten Novellierung des Radio Bremen-Gesetzes herbeigeführt werden.

Mit Blick auf die Programmbeschwerde dankt **Herr Awiszus** für die umfassende Vorbereitung. Man habe bereits im Programmausschuss darüber diskutiert, wie intensiv sich mit dem Beschwerdeführer auseinandergesetzt worden sei, sowohl von Seiten des Hauses als auch von Seiten Herrn Dr. Sondergelds.

Herr Dr. Sondergeld macht darauf aufmerksam, dass er dazu übergegangen sei, in seinen Antwortbriefen zu betonen, dass eine Ablehnung einer Programmbeschwerde nicht unbedingt eine Ablehnung von Kritik bedeute. Eine

Programmbeschwerde beziehe sich jedoch auf einen Rechtsverstoß, den es festzustellen gelte. Selbst wenn dieser nicht festzustellen sei, könnten Beiträge berechtigt kritisiert werden; Kritik sei stets willkommen.

Der Rundfunkrat weist die Programmbeschwerde zur Berichterstattung von Radio Bremen über die Entwicklung der Corona-Neuinfektionen im März und April 2020 zurück.

TOP 15: Verschiedenes

Auf Nachfrage von **Frau Paul** zur geplanten Untertitelung von buten un binnen erklärt **Frau Dr. Gerner**, dass man zusammen mit dem WDR einen Pilotversuch für eine automatisierte Untertitelung plane, der im Oktober beginne. Sie weist darauf hin, dass während des Pilotversuchs anfänglich Fehler in den Untertitelungen zu erwarten seien. Man gehe jedoch davon aus, dass die automatisierte Untertitelung schnell lernen werde und letztendlich einen echten Mehrwert bieten könne. Sie freue sich über Feedback, bitte jedoch mit Blick auf ein lernendes Programm um Geduld und Großzügigkeit, da man noch Erfahrungen mit dem neuen Tool sammeln müsse.

Auf Nachfrage von **Herrn Schmidtman** erklärt **Herr Dr. Sondergeld**, dass das Radio Bremen-Gesetz einen Geschlechterwechsel jeweils zu Beginn einer Amtsperiode (ausgenommen seien Wiederbenennungen) vorsehe. Innerhalb einer Amtsperiode hätten die entsendenden Organisationen eine Geschlechterkontinuität des Rundfunkrats zu gewährleisten.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Sondergeld schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 19:25 Uhr.

Genehmigt:

gez. Dr. Klaus Sondergeld
Vorsitzender des Rundfunkrats

Protokoll:

gez. Nina Gabriel